

Demokratiebildung: Von der Theorie zur Praxis

Dirk Lange, Sarah Straub

Abstract Deutsch

Demokratiebildung wird im vorliegenden Beitrag als Basis eines demokratischen Herrschafts- und Legitimationssystems gesehen und im Kontext von Hochschule und Schule näher betrachtet. Dabei wird auf die Rolle von Lehrpersonen im Bildungssystem als Demokratiebildner*innen und deren Ausbildung an den Hochschulen genauso eingegangen, wie auf die konkreten Bildungsansätze für mündige Bürger*innen einer Demokratie in der Schule. Ausgehend von theoretischen Überlegungen widmet sich der Beitrag schließlich der Schule als Ort für gelebte Demokratie und beschäftigt sich mit dem Beispiel von demokratischer Kommunikation als Praxis der frühen Demokratiebildung.

Schlüsselwörter

Demokratiebildung, Politische Bildung, Hochschule, Schule, Lehrer*innenbildung

Abstract English

In this article, democracy education is seen as the basis of a democratic system of rule and legitimisation and is examined more closely in the context of higher education and education in schools. The role of teachers in the education system as agents of democracy education and their formation at higher education institutions is discussed, as well as the concrete educational approaches in schools for empowered citizens of a democracy. Based on theoretical considerations, the article finally focuses on schools as a place for lived democracy and addresses the example of democratic communication as a practice of early democracy education.

Keywords

Democracy education, civic and citizenship education, higher education, school, teacher education

Zur Autorin / Zum Autor

Dirk Lange, Univ.-Prof., Dr., Professor für Didaktik der Politischen Bildung am Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien und am Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover. Er leitet das Demokratiezentrum Wien.

Sarah Straub, Mag.^a, Wissenschaftlerin und Lektorin für Didaktik der Politischen Bildung am Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien

1 Demokratiebildung

Ein demokratisches Herrschaftssystem wird durch seine mündigen Bürger*innen legitimiert und verlangt deshalb nach Demokratiebildung als fester Bestandteil des Bildungssystems. Der Begriff Demokratiebildung hat Politische Bildung zur Grundlage und kann zugleich als eine der zentralen Zielperspektiven der Politischen Bildung im Sinne der Gestaltung der Demokratie verstanden werden. Denn ein demokratisches politisches System zeichnet sich durch seine Beteiligungsprozesse aus, die in den Grundwerten und Normen der Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und des Pluralismus begründet sind. Durch die Partizipation und Emanzipation des Volkes werden Meinungsvielfalt und Interessensgegensätze in institutionalisierte Strukturen gegossen (Kenner und Lange 2022a). Demokratie ist darüber hinaus kein gesicherter Zustand, sondern muss stets neu ausgehandelt werden. Dieser prozesshaften Dimension entspringt der Bedarf kontinuierlicher Lern- und Gestaltungsprozesse, die gesellschaftliche ebenso wie politische Zusammenarbeit anregen und unterstützen sowie zum Hinterfragen der demokratischen Ordnung, anhand demokratischer Maßstäbe, aufrufen. Bürger*innen demokratischer Systeme werden so zu einer aktiven und bewussten Politikgestaltung befähigt (Lange und Straub 2020; Kenner und Lange 2022a). Des Weiteren ist eine deutlichere Abgrenzung zwischen Formen der politischen Erziehung, einschließlich der Demokratieerziehung, und Demokratiebildung vorzunehmen. Dabei kann festgehalten werden, dass erstgenannte nach einem funktionalen Ziel strebt, nach Legitimationsanreicherung gegenüber der politischen Ordnung und Verankerung deren Systemideale im Denken und Handeln der Bürger*innen. Die Prinzipien einer Ordnung werden erzieherisch an die Bevölkerung herangetragen. Politische Erziehung ist somit Komponente jedes politischen Systems und unabhängig von dessen Ausformung oder Ideologie (Kenner und Lange 2022a; 2022b). Demokratiebildung hingegen ist eine sub-

jektorientierte Form der Befähigung der Bürger*innen einer Demokratie. Ziel ist nicht der Nutzen für das politische System, sondern die Förderung der Bevölkerungsmündigkeit innerhalb des demokratischen Systems sowie der Kompetenzen des Kritischerens, Gestaltens und Reflektierens seiner Ausprägungen. Entsprechend sind nicht das politische System, sondern seine Subjekte Ausgangspunkt des ganzheitlichen Prozesses der Demokratiebildung und die demokratische Ordnung selbst demokratiepolitischer Gegenstand und damit das Produkt von Aushandlungsprozessen (Kenner und Lange 2022a; 2022b). Für die Umsetzung einer umfassenden Demokratiebildung muss folglich mehrdimensional gedacht und sich an den Handlungsfeldern der Demokratie, des Demokratischen und der Demokratisierung orientiert werden. Diese Dimensionen entsprechen jeweils dem formalen, normativen und prozesshaften Bereich in welchem Demokratiebildung verankert ist und decken die Funktionsweise demokratischer Prozesse (die Demokratie), die fundamentalen demokratischen Prinzipien (das Demokratische) und demokratische Entwicklungen und Erscheinungsformen (die Demokratisierung) ab (Lange und Straub 2020). Demokratiebildung muss unweigerlich als Querschnittsaufgabe anerkannt und angetreten werden, deren bildungs- und demokratietheoretisches Konzept ist jedoch noch weiter auszuarbeiten und zu entwickeln (Kenner und Lange 2022b). Der Referenzrahmen für Demokratiebildung ist dabei nicht das bestehende demokratische System, sondern die Fähigkeit der Bürger*innen, die gegebene Ordnung zu durchschauen, zu hinterfragen, zu verändern und zu kritisieren (ebd., 64f).

2 Demokratiebildung in der Hochschule

Künftige Lehrpersonen sollen an den jeweiligen Hochschulen auf ihre Tätigkeit und Rolle vorbereitet werden. Während das Curriculum der Studierenden oftmals die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder von Lehrkräften abdeckt, ist die Vorbereitung auf die Rolle von Lehrpersonen als Demokratiebildner*innen nicht hinreichend abgesteckt. Das Recht auf Bildung ist in der *EU Charter of Fundamental Rights (CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION, 2000/2012)* in Artikel 14 festgelegt. Im österreichischen Bundesverfassungsgesetz (*Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) 1945*) ist unter Artikel 14, Absatz (5a) dazu gesetzlich verankert:

„Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den Menschen sind Grundwerte der Schule, auf deren Grundlage sie der gesamten Bevölkerung, unabhängig von Herkunft, sozialer Lage und finanziellem Hintergrund, unter steter Sicherung und Weiterentwicklung bestmöglicher Qualität ein höchstmögliches Bildungsniveau sichert. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Schülern, Eltern und Lehrern ist Kindern und Jugendlichen die bestmögliche geistige, seelische und körperliche Entwicklung zu ermöglichen, damit sie zu gesunden, selbstbewussten, glücklichen, leistungsorientierten, pflichttreuen, musischen und kreativen Menschen werden, die befähigt sind, an den sozialen, religiösen und moralischen Werten orientiert Verantwortung für sich selbst, Mitmenschen, Umwelt und nachfolgende Generationen zu übernehmen.“

Dies zeigt, dass Lehrer*innen als Bundesbeamt*innen in Österreich in einem besonderen Verhältnis zum Staat und zu den Schüler*innen bzw. Bürger*innen stehen. Der Kern ihrer Profession kann somit als Demokratiebildung bezeichnet werden, welche sich anhand des Begriffs der „deliberativen Profession“ veranschaulichen lässt, denn „mit dem Begriff der Deliberation wird ein Begriff der Demokratietheorie genutzt, um die zentrale Aufgabe der Demokratiebildung in Schule und auch der Mitwirkung an Schule und Schulsystem zu verdeutlichen“ (Berkemeyer 2022, 597).

Die Hochschulbildung von angehenden Lehrpersonen kann Anwärt*innen auf die Rolle als Demokratiebildner*innen vorbereiten bzw. wie Berkemeyer es nennt, sie in dieses Rollenverständnis „hineinsozialisieren“ (ebd.):

„Die Herstellung des Zusammenhangs zwischen fachlichem Lernen und den Fähigkeiten von Lehrkräften, sich an der demokratischen Entwicklung des Schulsystems durch kritische Mitwirkung zu beteiligen, werden dann zu zentralen Merkmalen eines auf Demokratie ausgerichteten Leitbilds der Lehrkräftebildung. Damit beteiligen sich Lehrkräfte an Prozessen der Deliberation in und außerhalb der Schule im Sinne konstruktiver Kritik und ermöglichen zugleich Schüler*innen sukzessive, Deliberationen im Fach und fachübergreifend durchzuführen. Eine solche Perspektive, die die Profession aus dem Klassenzimmer in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext hebt, ohne die Arbeit im Klassenzimmer dabei arbiträr zu setzen, kann dann auch den Anforderungen des staatlichen Auftrags an Schule gerecht werden (ebd.).“

Der Ausgangspunkt für Bildungsimpulse zur Entwicklung eines Selbstverständnisses von Lehrpersonen als Demokratiebildner*innen sind dabei die

Vorstellungen über Politik und Demokratie der Lernenden, in diesem Fall der Lehramtsstudierenden, selbst. Die Vorstellungen der Studierenden bilden dabei nicht nur den Ausgangspunkt, sondern auch die Basis für Bildungsansätze, denn gerade im Feld der Demokratiedidaktik ist es zielführend eine bottom up-Praxis zu verfolgen, welche die expliziten Denkfiguren, Vorstellungsstrukturen und damit einhergehende Alltagsphilosophie der Politischen Bildung, berücksichtigt (Klee 2010). Dies kann nur gelingen, wenn Lehrpersonen von Anfang an in die Entwicklung von didaktischen und theoretischen Ansätzen miteinbezogen werden und so ein „demokratiedidaktischer Habitus“ (ebd., 302) entwickelt werden kann, der eine partizipative und integrative Entwicklung von Lehr- und Lerninhalten vorsieht.

3 Demokratiebildung in der Schule

Der Institution Schule kommt angesichts gesellschaftspolitischer Herausforderungen eine wichtige Bedeutung für Demokratie zu. Durch das Recht auf Bildung und den gesetzlich verankerten Raum für Demokratie nimmt die staatliche Schule alle jungen Bürger*innen in die Pflicht und sichert ein Mindestmaß an gleichen Ausgangschancen für ihren Bildungsweg zu. Schule ist der Ort, „der nahezu alle Jugendlichen erreicht und somit sehr früh Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform vermitteln kann (Beutel und Rademacher 2018, 103)“. Hervorgehoben wird dieser Anspruch mit der Forderung nach einer gesetzlich garantierten „Schule der Demokratie“ für alle (ebd.). Schule muss sich des Weiteren ihrer Kombination an Eigenschaften und Funktionen für eine intakte Demokratie im Klaren sein: Denn Schule ist in dieser Hinsicht einzigartig, da sie zugleich „Sozialisationsagentur, Stätte der formalen Bildung, Kulturraum, Betreuungseinrichtung, Ort des Zusammenlebens, Pflichtveranstaltung für alle Kinder, Vergabestelle für Berechtigungen“ ist (Edler 2018, 92). Gerade der Primarstufe kommt hierbei als ein wichtiger Ort des Lernens und Lebens von Demokratie große Bedeutung zu, da sie die einzige Schulform ist, die der Großteil der Kinder gemeinsam durchläuft, bevor sie sich für unterschiedliche Bildungswege entscheiden müssen. Neben einer demokratischen Atmosphäre und einer entsprechenden Lernkultur wird daher für die Primarstufe gefordert, Politik und das damit verbundene Demokratieverständnis nicht nur auf Inhalte, Strukturen und Prozesse des Staates zu reduzieren bzw. Staatsbürger*innenschaft nicht nur auf die juristische

Dimension zu verengen. Dies bedeutet, dass Bürgerschaft und das Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürger*innen auf die gesellschaftspolitische Dimension hin zu verstehen ist und dementsprechende didaktische Ansätze im Alltag von Kindern zu suchen sind. Denn junge Bürger*innen leben und agieren in einer politischen Welt. „Sie eignen sich diese Welt an, indem sie sie wahrnehmen, beurteilen, mitgestalten und sich so selbst als politisch denkende und handelnde Subjekte erfahren. Die Politische Bildung in der Grundschule sollte an diese Erfahrungen in den Lebenswelten der Kinder anknüpfen und sie mit neuen Perspektiven anreichern“ (Baumgardt und Lange 2022, 12f). In der Praxis geht es mit diesem Verständnis darum, gerade junge Bürger*innen nicht nur in bestehende demokratische Ordnung hineinzusozialisieren, „sondern sie explizit darin zu bestärken diese Ordnung kritisch zu reflektieren und über Veränderungsmöglichkeiten im Sinne einer fortlaufenden Demokratisierung nachzudenken (ebd.)“.

3.1 Schule als Ort für gelebte Demokratie

Wie kann sich nun die Volksschule zu einem „Ort gelebter Demokratie“ entwickeln? Denn die Schule ist nicht per se ein Ort der Demokratie noch wurde sie als solcher gegründet. „Sie ist eine hierarchische Institution und muss deshalb zu einer demokratisch gehaltvollen Atmosphäre, Lern- und Lebenswelt zuallererst entwickelt werden (Beutel, Beutel, und Gloe 2022, 78)“.

Empirisch hat sich immer wieder gezeigt, dass sich Kinder für Politik interessieren und bereits über sehr detaillierte Vorstellungen für gesellschaftspolitische Themen aus ihrem Alltag verfügen. Anknüpfungspunkte können hierbei Themen wie, Klima, Familie, Gerechtigkeit, Macht, Geschlechterrollen und Mitbestimmung sein. „Im Hinblick auf den Erwerb demokratischer Handlungskompetenz sind nicht nur die klassischen Inhaltsbereiche (wie zum Beispiel die Wahl der Klassensprecher*innen) relevant. Auch besonders in den Fokus gerückt werden können Probleme mit lebensweltlichen Bezügen, deren Lösungen offen sind für Mitbestimmung der Schüler*innen (wie zum Beispiel die Einigung auf gemeinsame Klassenregeln) (Baumgardt 2022, 31f)“. Gerade der „Klassenrat konzipiert sich als feste, im Idealfall wöchentliche Einrichtung, der nicht nur dem pädagogischen Ziel der Etablierung einer demokratischen Lernkultur dient, sondern unmittelbar und praktisch die gemeinsamen Angelegenheiten der Klasse in ihrem „Klassenleben“ zu regeln sucht (Beutel, Beutel,

und Gloe 2022, 89)“. Darüber hinaus gibt es weitere Instrumente und Angebote an Schulen, die sich unterschiedlich etabliert haben. Darunter fallen auch sogenannte diskursive Verfahren demokratischer Kompetenzförderung, wie beispielsweise Deliberation und „demokratisches Sprechen“ (ebd.).

3.2 Demokratische Kommunikation als Praxis der frühen Demokratiebildung

Demokratische Kommunikation kann bereits in der Primarstufe als Praxis der frühen Demokratiebildung gefördert werden, denn „im kommunikativen Austausch üben die Kinder, eigene Interessen zu artikulieren und für andere Meinungen Respekt zu entwickeln. Sie lernen, Empathie zu zeigen, eine ungewohnte Perspektive einzunehmen, Konflikte zu erkennen und zu benennen, Lösungen zu erarbeiten, Kompromisse zu finden und sich an gemeinsam getroffene Vereinbarungen zu halten beziehungsweise die auch wieder auf den Prüfstand zu stellen (Baumgardt 2022, 32)“. Gerade für die Primarstufe ist eine Auseinandersetzung mit demokratischer Meinungsäußerung unter der Berücksichtigung alltagsweltbezogener Themenstellungen von Bedeutung, um die Ausprägungen eines Demokratiebewusstseins von jungen Bürger*innen zu fördern (Lange und Himmelmann 2007). Am Beispiel der Mehrsprachigkeit zeigt sich jedoch, dass das Prinzip der gleichen Teilhabechancen an seine Grenzen stößt. Im Sinne der inklusiven Demokratiebildung müssen daher Informations-, Sprach- und Kompetenzunterschiede der Kinder ausgeglichen werden und die Pluralität von Diskursen hinsichtlich ihres Inhalts und der einzunehmenden Perspektiven ermöglicht werden (Straub 2022). Als Rahmen für die sozialwissenschaftliche Perspektive im Sachunterricht hebt die Gesellschaft für Didaktik des Sachunterrichts das Leben in einer von Pluralität geprägten Gesellschaft hervor (Gesellschaft für Didaktik des Sachunterrichts 2002). Das Bildungspotenzial des Sachunterrichts liegt hierbei darin, mit Unterschieden konstruktiv und verantwortlich umzugehen. Dabei werden zudem methodische Kompetenzen miteinbezogen, die die Schüler*innen befähigen sollen, mit neuen Fragestellungen umzugehen, die sie ermutigen, sich an der Gestaltung ihrer Umwelt zu beteiligen. Diese Kompetenzen sollen unter anderem durch das Sammeln und Auswerten von Informationen, das Entwerfen von Problemlösungen und deren Aushandlung angestrebt werden (Straub 2022).

4 Fazit

Demokratiebildung sichert nicht nur eine demokratische Herrschaftsform, in der die Entscheidungsmacht von den Bürger*innen ausgeht, sondern sie entwickelt diese auch stets entlang der neuen Herausforderungen einer jeden Gesellschaft weiter. Der Hochschule als Bildungsstätte künftiger Lehrer*innen und der Schule als Bildungsstätte und Sozialisationsort von jungen Bürger*innen kommt eine besondere Aufgabe, dies zu ermöglichen, zu. Denn in beiden Fällen wird hier die Grundlage für politische Mündigkeit und somit auch für politische Kritik-, Urteils- und Handlungsfähigkeit gelegt.

Literatur

- Baumgardt, Iris. 2022. „Demokratische Grundschule“. In *Young citizens: Handbuch politische Bildung in der Grundschule*, herausgegeben von Iris Baumgardt und Dirk Lange, 29–38. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10777. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Baumgardt, Iris, und Dirk Lange, Hrsg. 2022. *Young citizens: Handbuch politische Bildung in der Grundschule*. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10777. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Berkemeyer, Nils. 2022. „Demokratie und Lehrer_innenbildung an der Hochschule“. In *Handbuch Demokratiepädagogik*, herausgegeben von Wolfgang Beutel, Markus Gloe, Gerhard Himmelmann, Dirk Lange, Volker Reinhardt, und Anne Seifert, 591–99. Frankfurt/M: Debus Pädagogik. <https://doi.org/10.46499/1852>.
- Beutel, Wolfgang, Silvia-Iris Beutel, und Markus Gloe. 2022. „Demokratische Schulentwicklung“. In *Handbuch Demokratiepädagogik*, herausgegeben von Wolfgang Beutel, Markus Gloe, Gerhard Himmelmann, Dirk Lange, Volker Reinhardt, und Anne Seifert, 78–100. Frankfurt/M: Debus Pädagogik. <https://doi.org/10.46499/1852>.
- Beutel, Wolfgang, und Helmolt Rademacher. 2018. „Demokratische Schulentwicklung“. In *Citizenship Education: Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung*, herausgegeben von Steve Kenner und Dirk Lange, 101–14. Politik und Bildung, Band 84. Frankfurt/M: Wochenschau Verlag.
- Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)*. 1945. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>.
- CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION*. 2000. http://data.europa.eu/eli/treaty/char_2012/oj.
- Edler, Kurt. 2018. „Zivilgesellschaftlicher und demokratischer Auftrag von Schule“. In *Citizenship Education: Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung*,

- herausgegeben von Steve Kenner und Dirk Lange, 89–100. Politik und Bildung, Band 84. Frankfurt/M: Wochenschau Verlag.
- Gesellschaft für Didaktik des Sachunterrichts, (GDSU). 2002. „Perspektivrahmen Sachunterricht“. 2002. http://www.gdsu.de/wb/media/upload/pr_gdsu_2002.pdf.
- Kenner, Steve, und Dirk Lange. 2022a. „Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe“. In *Handbuch Demokratiepädagogik*, herausgegeben von Wolfgang Beutel, Markus Gloe, Gerhard Himmelmann, Dirk Lange, Volker Reinhardt, und Anne Seifert, 62–71. Frankfurt/M: Debus Pädagogik. <https://doi.org/10.46499/1852>.
- Kenner, Steve, und Dirk Lange. 2022b. „Young Citizens – Das Politische an der politischen Bildung“. In *Young citizens: Handbuch politische Bildung in der Grundschule*, herausgegeben von Iris Baumgardt und Dirk Lange, 18–28. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10777. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Klee, Andreas. 2010. „Vorstellungen von Politiklehrerinnen und -lehrern und ihre Bedeutung für die Entwicklung einer Didaktik der Demokratie“. In *Demokratie-didaktik*, herausgegeben von Dirk Lange und Gerhard Himmelmann, 295–306. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92534-9_21.
- Lange, Dirk, und Gerhard Himmelmann, Hrsg. 2007. *Demokratiebewusstsein: interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lange, Dirk, und Sarah Straub. 2020. „Demokratiebildung im österreichischen Parlament – heute und in Zukunft“. Parlamentsdirektion Österreichisches Parlament.
- Straub, Sarah. 2022. „Demokratische Kommunikation und Deliberation“. In *Young citizens: Handbuch politische Bildung in der Grundschule*, herausgegeben von Iris Baumgardt und Dirk Lange, 236–42. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 10777. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

